

pro natura magazin

4/2020 OKTOBER



**Subventionspolitik: Die linke Hand
weiss nicht, was die rechte tut**

4

Die Biodiversität kommt unter die Räder

Wie Bund und Kantone im grossen Stil die Zerstörung der Natur finanziell fördern.



14

Die Schwerkraft überwinden...

...aber nur am Fels: Sportkletterer Dimitri Vogt verzichtet auf die Olympischen Spiele, weil er nicht mehr fliegen mag. Ein Gespräch zeigt: Er kann sehr gut mit diesem Entscheid leben.



Marco Müller

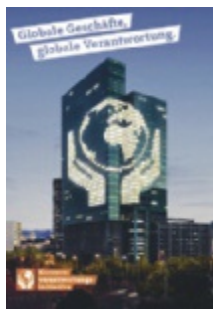
20



Raphael Weber

Fragiler Schutzstatus

Eine der wertvollsten Trockenwiesen von nationaler Bedeutung soll in Basel zerstört werden. Dies ist leider kein Einzelfall, doch Pro Natura setzt sich mit anderen Organisationen zur Wehr.



26

Raubbau

Warum sich ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative auch aus naturschützerischer Sicht empfiehlt.

pro natura magazin

Mitgliederzeitschrift von Pro Natura - Schweizerischer Bund für Naturschutz

Impressum: Pro Natura Magazin 4/2020. Das Pro Natura Magazin wird allen Pro Natura Mitgliedern zugestellt. ISSN 1422-6235

Redaktion: Raphael Weber (raw), Chefredaktor; Nicolas Gattlen (nig), Redaktor; Florence Kupferschmid-Enderlin (fk), Redaktion französische Ausgabe; Judith Zoller, pro natura aktiv

Layout: Vera Howard, Raphael Weber. Titelbild: Illustration Isabelle Bühler.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Andreas Boldt, Jan Gürke (jg), Anita Huber (ahu), Nora Hug (nh), Sarah Huwiler, Rico Kessler, Peter Lakerveld (pl), Sabine Mari, Kurt Marti, Seraina Patzen (sp), Sarah Pearson, Philipp Schuppli (ps), Elena Strozzi, Urs Tester (ut), Alena Wehrli (Übersetzungen), Ulysses Witzig.

Redaktionsschluss Nr. 1/2021: 17.11.2020

Druck: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen. Auflage: 164 000 (120 000 deutsch, 44 000 französisch). Gedruckt auf FSC-Recyclingpapier.

Anschrift: Pro Natura Magazin, Postfach, 4018 Basel; Tel. 061 317 91 91 (9-12 und 14-17 Uhr), Fax 061 317 92 66, E-Mail: mailbox@pronatura.ch; www.pronatura.ch; PK-40-331-0

Inserate: CEBECO GmbH, Webereistr. 66, 8134 Adliswil, Tel. 044 709 19 20, Fax 044 709 19 25, cebeco@bluewin.ch Inserateschluss 1/2021: 27.11.2020

Pro Natura ist Gründungsmitglied der Internationalen Naturschutzunion IUCN und Schweizer Mitglied von Friends of the Earth International.

pro natura von der Zewo als gemeinnützig anerkannt.



www.pronatura.ch

4 thema

- 4 Die Liste der Subventionen, welche die Biodiversität schädigen, ist lang.
- 10 Eine Abkehr vom Wachstumsdenken ist dringend nötig, sagt Ökonomin Irmi Seidl.

14 köpfe

Sportkletterer Dimitri Vogt spricht über Entschleunigung und sauberes Klettern.

16 in kürze

18 brennpunkt

- 18 Doubs: Der malerische Grenzfluss bleibt belastet – und der Roi du Doubs ist kurz vor dem Aussterben.
- 20 Gateway Nord: Warum sich Pro Natura in Basel gegen ein gigantisches Containerterminal wehrt.
- 23 Bodenstrategie des Bundes: Tönt ambitionierter, als sie tatsächlich ist.
- 24 Stickstoff: Die EU büsst Länder für Grenzwertüberschreitungen. Und die Schweiz?

26 infogalerie

Konzernverantwortungsinitiative: Pro Natura engagiert sich mit 130 Organisationen für ein Ja.

30 news

- 30 Naturpärke: Wo Natur drauf steht, sollte auch Natur drin sein.
- 31 Renaturierung I: Pro Natura Aargau lässt in Sins eine weitere grandiose Auenlandschaft entstehen.
- 32 Beugger-Preis: Die Schmetterlingsförderung im Zürcher Tösstal wird honoriert.
- 33 Renaturierung II: 42 Millionen Liter Treibstoffe machen Platz für Magerwiesen und Kleingewässer.
- 34 (Hunde-)Guetzli: Warum Pro Natura in Schutzgebieten (auch) vorbildliche Hundehalter belohnt.
- 35 Guter Tropfen: Weinbau und Biodiversität sind keine Widersprüche und geben gute Resultate.
- 36 Seitenblick: Die heiklen Mediendeals des Schweizerischen Bauernverbands.

37 service

40 beobachtet

43 pro natura aktiv

49 shop

51 cartoon

52 letzte



Editorial

Echt stark, diese Subventionswalze

Bestimmt haben Sie die Werbung auch gesehen: «Echt stark, unsere Kühe bekommen haufenweise Schweizer Gras.», stand auf riesigen Plakaten in der ganzen Schweiz. Korrekter würde es jedoch heissen: Unsere Kühe bekommen *auch* Schweizer Gras. Denn bekanntlich importiert die Schweizer Landwirtschaft jedes Jahr rund eine Million Tonnen ausländisches Kraftfutter, um die überhöhten Bestände von Geflügel, Schweinen und Rindern durchzufüttern.

Das Problem hinter dieser Tatsache: Die zu hohen Nutztierbestände rechnen sich auch, weil sie staatlich subventioniert werden; vom reduzierten Mehrwertsteuersatz fürs Kraftfutter über die landwirtschaftlichen Produktionsbeiträge bis hin zur staatlichen Unterstützung solcher Werbekampagnen.

Zwar werden in der Schweiz auch staatliche Gelder für Leistungen bezahlt, die der Biodiversität zugutekommen. Weit aus finanzstärker sind aber Subventionen, welche die intensive Produktion unterstützen und die Biodiversität schädigen. Das ergibt dann rasch das Bild, das wir auf der Titelseite zeigen: Die linke Hand weiss nicht, was die rechte tut.

Der Bund hat sich eigentlich international verpflichtet, bis zu diesem Jahr alle staatlichen Finanzinstrumente abzuschaffen, die eine negative Auswirkung auf die Biodiversität haben. Doch er hat noch nicht einmal den ersten Schritt getan und all diese Geldflüsse identifiziert.

Deshalb haben nun die Forschungsanstalt WSL und die Akademie für Naturwissenschaften zusammengetragen, welche staatlichen finanziellen Instrumente eine negative Wirkung auf die Biodiversität haben. Das Resultat ist ernüchternd: Rund 160 finanzielle Massnahmen von Bund und Kantonen schädigen die Biodiversität. Das Gesamtvolumen dieser biodiversitätsschädlichen Finanzwalze liegt bei rund 40 Milliarden Franken. Mehrere dieser Massnahmen stellen wir auf den folgenden Seiten vor.

Groteskerweise sind es die politischen Kräfte, die sonst dem freien Markt das Wort reden, die den Grossteil dieser Finanzmittel vehement verteidigen. Dennoch skizzieren wir in diesem Magazin einen möglichen Systemwechsel. Das Grundprinzip dahinter wäre simpel: Staatlich vergünstigt werden nur noch Leistungen und Massnahmen, die der Biodiversität förderlich oder zumindest nicht schädlich sind. Und dereinst könnte sich die Schweiz dann mit folgendem Slogan brüsten: «Echt stark, bei uns erhält nur staatliche Gelder, wer die Natur nicht schädigt.»

RAPHAEL WEBER, Chefredaktor Pro Natura Magazin

Wie der Staat die Biodiversität schädigt

Obwohl sie sich zum Gegenteil verpflichtet hat, fördert die Schweiz mit jährlich rund 40 Milliarden Franken Massnahmen, die sich negativ auf die Biodiversität auswirken. Im Gegenzug wird nur ein Bruchteil dieser Summe für biodiversitätsförderliche Massnahmen ausgegeben.

Damit die 1992 beschlossene Biodiversitätskonvention nicht nur Papier ohne Wirkung bleibt, haben sich die 196 Vertragsstaaten im Oktober 2010 darauf geeinigt, innert zehn Jahren 20 konkrete Ziele zu erfüllen; die sogenannten Aichi-Ziele. Die Schweiz hat mit wohlwollender Betrachtung allenfalls das erste Ziel knapp erreicht; die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Wichtigkeit der Biodiversität, also der Vielfalt des Lebens in all seinen Erscheinungsformen. Damit hat es sich aber auch schon, und leider ist die Schweiz in ihrer Passivität in bester internationaler Gesellschaft.

Verdeutlicht wird diese ernüchternde Zwischenbilanz bereits beim dritten Aichi-Ziel: «Bis spätestens 2020 werden alle Subventionen und finanziellen Fehlanreize beseitigt, abgebaut oder umgestaltet, die negative Auswirkungen auf die Biodiversität haben.» Von diesem Zustand ist die Schweiz noch meilenweit entfernt. Dies belegt alleine die Tatsache, dass der Bund bis heute noch nicht einmal weiss, wie viele Subventionen und finanzielle Anreize überhaupt existieren, die zur Zerstörung der Biodiversität beitragen.

Deshalb sind hier nun andere Organisationen in die Bresche gesprungen: Die Eidgenössische Forschungsanstalt WSL und das Forum Biodiversität Schweiz haben mit der Unterstützung von Pro Natura und BirdLife Schweiz eine umfassende Analyse durchgeführt, welche staatlichen Finanzinstrumente negative Auswirkungen auf die Biodiversität haben. Das Resultat ist alarmierend: Leiterin Lena Gubler und die weiteren Autorinnen der Studie haben rund 160 staatliche Subventionen identifiziert, die negative Effekte auf die Biodiversität haben.

Finanzspritzen und Steuervergünstigungen

In knapp der Hälfte der Fälle handelt es sich um klassische Subventionen: Empfänger erhalten staatliche Geldbeiträge für Leistungen, die schädliche Auswirkungen auf Tier- und

Pflanzenarten sowie ihre Lebensräume haben. Hierzu zählen zahlreiche Finanzspritzen, mit denen mitunter die industrielle Landwirtschaft begünstigt wird, entsprechende Beispiele stellen wir auf den folgenden Seiten vor.

Bei der anderen Hälfte der biodiversitätsschädlichen Finanzinstrumente handelt es sich um finanzielle Fehlanreize. Dies sind unter anderem Steuervergünstigungen, Zinserlasse, Produktverbilligungen oder auch Quersubventionierungen.

Zigfach mehr Mittel für die Schädigung

Die Gesamtsumme dieser biodiversitätsschädlichen Finanzmittel beträgt jährlich rund 40 Milliarden respektive 40 000 Millionen Franken. Davon haben satte 15 Milliarden ausschliesslich negative Folgen auf die Biodiversität. 19 Milliarden sind partiell biodiversitätsschädigend und weitere sechs Milliarden potenziell biodiversitätsschädigend, je nach deren Umsetzung. Zum Vergleich: Die Summe, die Bund und Kantone jährlich für die Förderung der Biodiversität ausgeben, beträgt laut eigenen Angaben gerade mal 1,1 Milliarden Franken.

Am häufigsten werden biodiversitätsschädliche Subventionen in den Bereichen Verkehr und Landwirtschaft entrichtet, gefolgt von den Bereichen Energieproduktion und -konsum sowie Siedlungsentwicklung. Mehrere Beispiele aus diesen Bereichen stellen wir auf den folgenden Seiten vor.

Weitere Beispiele, auf die wir in diesem Magazin Thema aber nicht vertieft eingehen, finden sich mitunter im Bereich der Forstwirtschaft, wo die Produktivität teils stärker als die Biodiversität gefördert wird. Im Tourismus werden im Rahmen der Neuen Regionalpolitik mit grosszügigen Beträgen natur-schädliche Investitionen unterstützt. Und im Hochwasserschutz werden noch nicht genügend konsequent Projekte unterstützt, welche die natürlichen Gewässerräume wiederherstellen.

RAUMPLANUNG

Der Siedlungsfrass wird weiterhin subventioniert

Seit 1970 hat sich die Siedlungsfläche der Schweiz fast verdoppelt. Die öffentliche Hand fördert die Siedlungsentwicklung mitunter durch Kostenübernahmen von Erschliessungen, durch inter- und innerkantonale Lastenausgleichszahlungen oder über tiefe Mehrwertabgaben auf Neueinzonungen. nig

Föderalismus begünstigt Flächenverbrauch

Nahezu alle Kantone und Gemeinden versuchen, mit finanziellen Anreizen (Steuervergünstigungen, Darlehen, Kreditbürgschaften) die Ansiedlung oder den Ausbau des Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungssektors zu fördern. Der Boden dazu wird bereits in der Raumplanung gelegt: Um sich ein breit gefächertes Entwicklungspotenzial zu sichern, scheidet jede Gemeinde ihre eigenen Gewerbe- und Industriezonen aus. Wertvoller Boden könnte für die Natur freigehalten werden, wenn stattdessen regionale «Cluster» gefördert würden. nig

Privates Wohneigentum wird staatlich gefördert

Die Verfassung verpflichtet den Bund zur Förderung von Wohneigentum. Gleichzeitig schreibt sie den Schutz der natürlichen Vielfalt vor: ein Zielkonflikt, denn in vielen Fällen fördern die Subventionen die Versiegelung des Bodens. Unbestritten ist auch, dass privates Wohneigentum in der Regel zu einem höheren Wohnflächenverbrauch führt als Genossenschaftseigentum oder Mietwohnungen. Gefördert wird das private Wohneigentum durch zahlreiche steuerliche Vergünstigungen wie etwa die Unterbewertung des Eigenmietwerts, die Mehrwertsteuerbefreiung beim Verkauf von Immobilien oder den Abzug der Hypothekarzinsen vom steuerbaren Einkommen. nig

Intensive Gartenpflege wird gefördert

In manchen Kantonen können Auslagen für den Gartenunterhalt von der Einkommenssteuer abgezogen werden, so etwa werterhaltende Massnahmen wie Reparaturen, Pflege und Ersatz mehrjähriger Pflanzen. Einige Kantone erlauben auch den steuerlichen Abzug der Kosten für Dünger, Pestizide oder den Ersatz von Biotopen. Dadurch werden eine intensive Gartenpflege bis hin zu Erneuerungen ganzer Gartenanlagen subventioniert. nig

Illustrationen: Isabelle Bühler



ENERGIE

Gemeinden werden zur Zerstörung ihrer Gewässerlandschaften animiert

Ein typisches Instrument mit biodiversitätsschädigender Wirkung ist der Wasserzins. Damit werden in der Schweiz Standortgemeinden und -kantone von Wasserkraftwerken für die Nutzung ihrer Gewässer entlohnt. Damit bildet der Wasserzins einen grossen Anreiz für den Bau neuer Wasserkraftwerke. Dieser generiert jährlich rund 550 Millionen Franken, die vorwiegend in den Kantonen Wallis, Graubünden, Tessin, Uri, Bern und Aargau verteilt werden – für viele Berggemeinden ein grosser Geldsegen. Als Kompensation für diesen Anreiz wurden mit Verzögerung die VAEW-Gebiete geschaffen: Gemeinden, die in einem schützenswerten Gebiet auf den Bau eines Wasserkraftwerks verzichten, können beim Bund eine Teilentschädigung beantragen. Ohne dieses Instrument wäre die grossartige Greina-Ebene wohl geflutet worden, weil die Standortgemeinde sonst mit leeren Händen dagestanden wäre. raw

Die Zerstörung der letzten freien Gewässer wird gefördert

Kein anderes europäisches Land nutzt seine Gewässer zur Stromproduktion so stark wie die Schweiz. Dies ist einerseits erfreulich, weil die CO₂-freie Wasserkraft rund 60 Prozent unseres Strombedarfs abdeckt. Andererseits hat der Bau von rund 1400 Wasserkraftwerken auch massive Spuren an der Biodiversität hinterlassen: Kaum ein Gewässer fliesst in der Schweiz noch unbeeinträchtigt, drei Viertel aller Fischarten sind zumindest gefährdet, 60 Prozent der Wasserpflanzen bedroht. Deshalb ist es aus Sicht der Biodiversität wichtig, dass nun nicht auch noch die letzten frei fliessenden Gebirgsbäche der Stromproduktion geopfert werden – zumal diese kleinen Gewässer nur ein geringes Stromförderungspotenzial haben. Der Bau neuer Kleinwasserkraftwerke wird jedoch nach wie vor mit Fördergeldern und Einspeisevergütungen unterstützt. Es wäre biodiversitätsverträglicher, die Fördergelder für Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs und für den verstärkten Ausbau der Fotovoltaik einzusetzen. Diese ist deutlich biodiversitätsverträglicher, verursacht viel geringere externe Kosten und hat eine immer bessere Fördereffizienz. raw

Die Allgemeinheit übernimmt die Versicherungskosten von Atom- und Wasserkraft

Ein scheinbares Detail führt im Strommarkt zu Marktverzerrungen: die Haftpflichtversicherung. Keine Versicherungsgesellschaft ist bereit, bei einem Atomkraftwerk alle Folgekosten eines GAU abzudecken, weil sonst im Schadensfall die Versicherung sofort Konkurs anmelden müsste. Das zeigt das Beispiel Fukushima, wo derzeit Schäden von insgesamt weit über 700 Milliarden Franken erwartet werden, Tendenz steigend. In der dicht besiedelten Schweiz rechnete das Bundesamt für Zivilschutz bereits im Jahr 1995 mit einer Schadenssumme von 4300 Milliarden Franken. Doch in der Schweiz sind AKW nur bis zu einer maximalen Schadenssumme von lediglich 1,8 Milliarden versichert.

Auch grosse Wasserkraftwerke sind unterversichert. In den grossen Gebirgskantonen Wallis und Graubünden (Haftpflichtdeckung der Wasserkraft ist Kantonssache) sieht die höchste Versicherungskategorie lediglich eine Deckung von 200 Millionen Franken vor, obwohl das Bundesamt für Bevölkerungsschutz die Kosten eines schweren Schadenfalls auf eine Milliarde Franken veranschlagt.

In beiden Fällen müsste also der Staat den grossen Anteil der Kosten übernehmen. Damit werden Wasserkraft und Atomstrom begünstigt und die Betreiber umweltfreundlicher Kraftwerke benachteiligt, also etwa von Fotovoltaik; sie müssen ihre Anlagen selber versichern. raw



«Natur und Umwelt finden als wertlose Faktoren keine Berücksichtigung in den rein marktwirtschaftlichen Berechnungen und gelten damit als unendlich verfügbare Ressourcen.»

Rein wirtschaftlich, so sind sich eigentlich auch Ökonomen weitgehend einig, machen Subventionen wenig Sinn, zumindest nicht dauerhaft. Sie verzerren den Markt und können zu Ineffizienz führen. Sie können sinnvoll sein, um zeitlich limitiert bewusst Massnahmen oder Bereiche mitzufinanzieren, die Unterstützung benötigen, wie etwa jetzt in der Corona-Krise.

Eine rein marktwirtschaftliche Sicht- und Berechnungsweise hat aber ein noch viel grösseres Problem: Natur und Umwelt finden als wertlose Faktoren keine Berücksichtigung in den Berechnungen und gelten damit als unendlich verfügbare Ressourcen. Folglich werden auch die sogenannten externen Kosten nicht berücksichtigt; also negative Auswirkungen auf Natur und Umwelt, welche die Allgemeinheit zu tragen hat.

Automobilverkehr deckt Schäden nicht

Paradebeispiel dafür ist der Verkehr: Die ganzen Schäden, die der Verkehr anrichtet, werden bei der Verteilung der Pfründe nicht berücksichtigt. So fliessen rund drei Viertel der Gesamteinnahmen aus der Mineralölsteuer und des Mineralölsteuerzuschlags, die hauptsächlich von Autofahrern für den Benzinverbrauch entrichtet werden, zweckgebunden in den Bau und Unterhalt von Strassen. Die negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt werden jedoch nicht abgegolten – ganz im Gegenteil: Je mehr, dass Auto gefahren und Benzin verbraucht wird, desto höher sind die Mittel, die für den Bau neuer Strassen zur Verfügung stehen – ein Teufelskreis.

Für dieses Jahr hat der Bund die Einnahmen aus der Mineralölsteuer plus dem Zuschlag auf rund 4,6 Milliarden Franken budgetiert. Die externen Kosten – also die Schäden des Verkehrs – betragen ein Mehrfaches davon: Fürs Jahr 2017 hat sie das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) mit 13,4 Milliarden Franken beziffert. Dies beinhaltet unter anderem die Folgekosten durch den Verlust und die Zerschneidung von Lebensräumen für Tiere

und Pflanzen. Oder die Folgekosten durch Ernteverluste, Waldschäden und generell des zu hohen CO₂-Ausstosses. Und nicht zuletzt auch die Folgekosten durch Krankheiten, Renten, Spitalaufenthalte. All diese Kosten werden nicht von den Autofahrern übernommen, sondern der jetzigen und künftigen Allgemeinheit.

Der Zustand verschlechtert sich laufend

Die Biodiversität erbringt für uns auch einen grossen externen Nutzen. Etwa indem sie Sauerstoff produziert, Wasser reinigt, Blüten bestäubt, uns vor Lawinen schützt, aber auch schlicht und einfach indem sie uns Menschen Erholungsräume bietet. All diese Ökosystemleistungen kann die Natur immer weniger gut erbringen; die Naturräume gehen zurück, ihre Qualität verschlechtert sich, die Biodiversität leidet, die roten Listen der gefährdeten Arten werden länger und länger. Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) verweist auf Schätzungen der EU, dass bei einer ungebremsten Fortsetzung dieser Entwicklung bis ins Jahr 2050 jährlich vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgewendet werden müssen, um die ausfallenden Ökosystemleistungen zu kompensieren. Gemäss jetzigem Stand wären das rund 28 Milliarden Franken.

Diese Zahl verdeutlicht, dass es nur schon wirtschaftlich gesehen viel günstiger wäre, jetzt die andauernde Schädigung der Biodiversität zu stoppen, als für enorme Geldsummen zu versuchen, allenfalls irreparable Schäden wiedergutzumachen. Dies bedingt auch einen Systemwechsel unserer Subventionspolitik. Im abschliessenden Interview dieses Themas skizzieren wir, wie eine solche Transformation aussehen könnte. Das Grundprinzip ist simpel: Staatlich vergünstigt werden nur noch Leistungen und Massnahmen, die der Biodiversität förderlich oder zumindest nicht schädlich sind. Und zu diesem Prinzip hat sich die Schweiz international verpflichtet.

RAPHAEL WEBER, Chefredaktor Pro Natura Magazin

LANDWIRTSCHAFT

Schäden von Dünger und Futtermitteln werden an die Allgemeinheit externalisiert

Erst die billige Verfügbarkeit von Kunstdünger und ausländischen Futtermitteln ermöglichte die massiven Produktionszunahmen der Schweizer Landwirtschaft. Folge davon ist ein Nährstoffüberschuss von mittlerweile rund 100 000 Tonnen Stickstoff pro Jahr. Die überschüssigen Nährstoffe gelangen über das Wasser (Nitrat) und die Luft (Ammoniak, Lachgas) auch in weit entfernte Lebensräume wie Seen, alpine Moore, Wälder und Trockenwiesen.

Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, die auf stickstoffarme Habitate angewiesen sind, verlieren so ihre Lebensräume. Diese Schäden an der Umwelt sind in den Preisen für Kunstdünger und Import-Futtermittel (oder Lebensmittel) nicht eingerechnet. Die WSL-Studie schätzt sie auf 520 Millionen Franken pro Jahr. nig

Überhöhte Nutztierbestände werden bewusst subventioniert

Die Produktion von Fleisch wird in der Schweiz auf vielfältige Weise gefördert: So gibt es zum Beispiel Einlagerungsbeiträge für Kalbfleisch, Beiträge für die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten, Förderbeiträge für die Tierzucht, Tierseuchenbeiträge, reduzierte Mehrwertsteuersätze auf Kraftfutter oder Finanzhilfen für Marketingmassnahmen. Für die Absatzförderung erhält die Fleischwirtschaft jedes Jahr rund 6 Millionen Franken vom Bund. Eine parlamentarische Initiative zur Streichung dieser Mittel wurde unter dem Vorwand abgeschmettert, dass die Werbung für Schweizer Fleisch unsere Wirtschaft stützt. Über die ökologischen Kosten der hohen Tierbestände (Stickstoff- und Treibhausgasemissionen usw.) und die negativen Folgen des übermässigen Fleischkonsums für unsere Gesundheit sah das Parlament hinweg. nig



«Unser Wirtschaftssystem basiert darauf, dass Umweltschäden externalisiert werden»

Weil wirksame Umweltpolitik mit dem Argument verhindert werde, dass diese dem Wirtschaftswachstum schade, plädiert WSL-Ökonomin Irmi Seidl für einen Systemwechsel. Dazu gehört es, umweltschädigende Subventionen konsequent abzuschaffen.

Pro Natura Magazin: In der WSL-Studie wurden über 160 Subventionen identifiziert, die der Biodiversität unseres Landes schaden. Dabei hatte sich die Schweiz im Rahmen der Biodiversitätskonvention verpflichtet, solche Subventionen bis 2020 anzupassen oder abzuschaffen. Warum ist das nicht gelungen?

Irmi Seidl: Man ist die Umsetzung des Ziels noch nicht einmal angegangen! Wohl deshalb, weil man Konflikte scheut, wenn man jemandem etwas wegnehmen will. Ob Autofahrerin, Bauunternehmer oder Landwirt – alle wollen die Subventionen erhalten, von denen sie profitieren. Ein zweiter Grund ist, dass Subventionen gewährt werden, um die Wirtschaft zu stärken, so in den Bereichen Energie, Mobilität, Wohnen oder Ernährung. Dies will die Politik nicht ändern. Im Nacken hat sie zum Beispiel die Nahrungsmittellobby, die argumentiert, dank tiefer Lebensmittelpreise bliebe Kaufkraft für andere Wirtschaftssektoren. Und so wird seit Jahrzehnten vor einer wirklichen Umweltpolitik zurückgeschreckt, weil dies der Wirtschaft und ihrem Wachstum schaden könnte.

Ein Totschlagargument, selbst in der reichen Schweiz.

Die Vergünstigung von wichtigen Res-

ourcen ist nicht neu. Schon im Merkantilismus wurde Holz vergünstigt. Folglich wurde übernutzt und es kam unter anderem zu Überschwemmungen. Heute wird deutlich mehr vergünstigt und die Wirtschaft auf einer breiteren Basis angekurbelt. Dabei ist Wachstum erst seit den 1950er-Jahren ein zentrales wirtschafts-

«Weil mittlerweile die Schäden und Kosten derart hoch sind, müssen wir über einen Systemwechsel reden.»

politisches und gesellschaftliches Ziel. Das Konzept «Bruttoinlandprodukt», mit dem Wachstum als Summe der jährlich produzierten Güter und Dienstleistungen gemessen wird, wurde in den 1930er-Jahren entwickelt und nach dem Krieg international eingeführt.

Wachstum, so wird behauptet, sichere unsere Jobs, generiere Steuereinnahmen und trage die Sozialwerke.

Teilweise! Die Wachstumsraten sinken seit Jahrzehnten, weil die Wirtschaft linear wächst und nicht exponentiell. Die Schweiz braucht zwei Prozent Wachstum, damit die Arbeitslosigkeit sinkt.

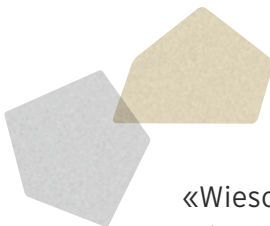
Das wird kaum mehr erreicht. Aber ja: Die Steuereinnahmen sprudeln bei Wachstum besser, und auch die Sozialwerke sind in unserem System auf Wachstum angewiesen. Sie werden hauptsächlich aus Abgaben aus Erwerbseinkommen finanziert. Gleichzeitig aber bringt Wachstum eben auch grosse Umweltschäden und klimarelevante Emissionen. Eine absolute Entkopplung zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch ist nicht in Sicht. Unser Wirtschaftssystem basiert darauf, dass die Schäden an der Umwelt nicht eingepreist, sondern externalisiert werden. Externe Kosten sind eine Art von Subvention, die Dritte oder künftige Generationen zu tragen haben.

Sind diese externen Kosten bekannt?

Teilweise. Die Schweiz hat sie für einzelne Bereiche wie den Verkehr berechnet. Viele Schäden lassen sich jedoch nicht errechnen.

Wie verbreitet ist dieses Externalisieren?

Manche sprechen von einer Externalisierungsgesellschaft, weil die nachteiligen Wirkungen des Wirtschaftens systematisch ausgelagert werden. Zugleich wird die Problemlösung an die Umweltschutzämter delegiert. Diese müssen



«Wieso fragen wir immer nach dem Verzicht?
Wir sollten darüber reden, was wir gewinnen können.»



dann erst beweisen, dass es Probleme gibt, womit ein grosser Teil ihrer knappen Mittel aufgezehrt ist. Wesentlicher noch ist, dass diese Ämter keinen Einfluss auf jene Politiksektoren wie zum Beispiel Verkehr oder Landwirtschaft haben, welche die Probleme verursachen. Weil mittlerweile die Schäden und Kosten derart hoch sind, müssen wir über einen Systemwechsel reden.

Wie stellen Sie sich diesen Umbruch vor?

Ein wichtiger Schritt ist, umweltschädigende Subventionen abzuschaffen oder ökologisch umzugestalten und die externen Kosten zu internalisieren. Weil eine wirksame Umweltpolitik bisher immer mit dem Argument verhindert wird, sie könnte dem Wirtschaftswachstum schaden, müssen wir wachstumsunabhängig werden. Zwar ist die Wachstumsabhängigkeit systemimmanent, doch das System ist menschengemacht und also auch änderbar. Wichtig ist unter anderem ein Umbau der Sozialwerke, sodass diese weniger von Abgaben auf Erwerbseinkommen abhängig sind, denn Erwerbsarbeit ist in Politik und Gesellschaft ein zentrales Argument für Wachstum. Weitere Ansatzpunkte sind eine reduzierte Erwerbsarbeit und ökologisch wahre Preise.

Solche Massnahmen würden die Geringverdienenden hart treffen: Sie hätten weniger Einkommen aus Erwerbsarbeit und müssten erst noch mehr zahlen für Benzin und Nahrungsmittel.

Wichtig ist, dass die Preiskorrekturen von sozialen Ausgleichsmechanismen begleitet sind. So zeigen zum Beispiel Studien der ETH, dass in der Schweiz bei einer Rückerstattung der CO₂-Abgabe knapp zwei Drittel der Bevölkerung mehr erhalten würden als sie an Abgaben geleistet haben, weil sie kleinere Autos und Wohnungen haben als das restliche Drittel.

Ohne Einschränkungen aber ist der Wandel kaum zu haben.

Worauf müssten wir verzichten?

Wieso fragen wir immer nach dem Verzicht? Wir sollten darüber reden, was wir gewinnen können. Nehmen wir das Auto: Klar, wir würden weniger fahren, aber das ÖV-System würde noch besser, weniger Land würde durch Strassen verbaut, die Städte und Dörfer wären lebenswerter, die Luft besser.

Kritiker werfen Ihnen Schwarzmalerei vor: Sie sehen die Wirtschaft auf gutem Weg zur Nachhaltigkeit und verweisen auf die enormen Effizienz-

steigerungen und die zunehmende Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch.

Die Wirkung von Effizienzsteigerungen ist tatsächlich eindrücklich. Allerdings sorgen sogenannte Rebound-Effekte dafür, dass die Material- oder Energieeinsparungen zu grossen Teilen wieder zunichtegemacht werden oder sogar in einem Mehrverbrauch münden. Weil Effizienzsteigerungen oft Preise senken, werden neue Nutzungen angeregt. Wie gesagt, eine absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch lässt sich nicht feststellen, nur eine relative. Der Ressourcenverbrauch steigt langsamer als das Wirtschaftswachstum. Das reicht aber nicht. Es bleibt dabei, unser Wirtschaftssystem ist nicht nachhaltig. Wichtige Gründe dafür sind Subventionen, Externalisierung und Wachstumsorientierung. Ein Umbau ist unerlässlich, um eine lebenswerte Zukunft sicherzustellen.

NICOLAS GATTLEN,
Redaktor Pro Natura Magazin

Irmi Seidl (57) leitet die Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL. Zudem doziert die Ökonomin an der Universität Zürich und an der ETH Zürich. Zur Überwindung der Wachstumsgesellschaft hat sie mehrere Bücher mitveröffentlicht.

STRASSENBAU



Der Trugschluss von der Selbstfinanzierung des Strassenverkehrs

Rund 8500 Millionen pro Jahr geben Bund, Kantone und Gemeinden für den Bau und Unterhalt von Strassen aus. Gedeckt werden diese Ausgaben durch die Einnahmen aus der Mineralölsteuer, dem Mineralölsteuerzuschlag, der Automobilsteuer, der Vignettenabgabe, der Motorfahrzeugsteuer. Autolobbyisten behaupten deshalb gerne, dass der Strassenverkehr sich selbst finanziere – ein grosser Trugschluss, denn die externen Kosten des Verkehrs (Seite 7), die ein Vielfaches des Strassenbudgets betragen, werden von der Allgemeinheit übernommen.

Weil alle Verkehrsabgaben zweckgebunden sind, entsteht für die Biodiversität eine Art Schneeballeffekt: Je mehr Auto gefahren wird, desto mehr Geld steht in den kommenden Jahren für den Strassenbau zur Verfügung – und der Schaden für die Umwelt wird immer grösser.


Innerhalb Europas kennt nur Tschechien einen ähnlich hohen Anteil an zweckgebundenen Verkehrsabgaben. In anderen Ländern fließen die Einnahmen (stärker) in den allgemeinen Finanzhaushalt und müssen dort mit anderen Budgetposten konkurrieren. Ohne Zweckbindung können die Gelder beispielsweise für effizientere Nutzungen der Verkehrsinfrastruktur verwendet werden oder zur biodiversitätsverträglichen Strassengestaltung, etwa durch parallele Vernetzungskorridore und den Bau grossflächiger Gründächer über den Strassen. raw

Endlich erste Abgaben für die Flugindustrie

Der Verkehr ist die grösste Treibhausgasquelle der Schweiz. Nach dem Automobilverkehr stösst der Zivilluftverkehr (In- und Auslandflüge) am meisten CO₂ aus. Dafür ist er in der Schweiz bisher kaum zur Kasse gebeten worden: Der internationale Flugverkehr ist nach wie vor befreit von der Mineralölsteuer, von der CO₂-Abgabe, von der Mehrwertsteuer und profitiert dadurch massiv von einer biodiversitätsschädlichen Finanzpolitik.

Immerhin zeichnet sich bei der momentanen Totalrevision des CO₂-Gesetzes die Einführung einer Ticketabgabe ab: Zwischen 30 und 120 Franken soll diese künftig für einen internationalen Flug betragen. Nur die SVP hat sich im National- und Ständerat bisher gegen entsprechende Vorschläge gestellt. Die eine Hälfte dieser Abgabe soll in klimaförderliche Massnahmen fliessen, die andere Hälfte wird an die Bevölkerung verteilt. Personen, die nie oder wenig fliegen, profitieren von der Abgabe und werden damit konkret für ihr Umweltverhalten belohnt.

Diese Lenkungsabgabe hat durchaus Modellcharakter und könnte auch vermehrt in der Biodiversitätspolitik angewendet werden. Doch grundsätzlich wäre es wichtiger, von Anfang an keine biodiversitätsschädigende Vergünstigungen zu gewähren, die dann später mit anderen Instrumenten korrigiert werden müssen. raw



Die groteske Förderung des Tanktourismus

Zu den biodiversitätsschädlichen Finanzinstrumenten zählen Steuervergünstigungen und -erlasse. Nebst der besonders klimaschädlichen Luftfahrtindustrie (siehe links) profitieren auch andere Branchen von Treibstoffvergünstigungen, am stärksten Transportunternehmen und die Landwirtschaft, gefolgt von Tourismus und Forstwirtschaft.

Steuererlasse können auch groteske Züge annehmen: Etwa wenn lastwagenweise Benzin in ein abgelegenes Bergtal transportiert wird, damit es dort stark vergünstigt an Autofahrer verkauft wird, die dafür ebenso extra in dieses abgelegene Bergtal fahren. Dies ist das tagtägliche Szenario im bündnerischen Samnaun. Weil diese Gemeinde im 19. Jahrhundert keine direkte Strassenverbindung in die Schweiz hatte, ist sie bis heute Zollfreigebiet und kann deshalb Benzin und Diesel ohne Mineralölsteuer verkaufen. Die Förderung dieses Tanktourismus ist ebenso nicht biodiversitätsverträglich. raw

Der Pendlerabzug begünstigt die Zersiedelung

Lange Arbeitswege, insbesondere mit dem individuellen motorisierten Verkehr, werden in der Schweiz nach wie vor steuerlich begünstigt, weil die Fahrtspesen vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Zwar wurde der Pendlerabzug auf Bundesebene auf CHF 3000 plafoniert, und auch einzelne Kantone haben Obergrenzen festgelegt (wenngleich meist höher als auf Bundesebene). Zudem darf der grosszügige Autoabzug von 70 Rappen pro Kilometer eigentlich nur angebracht werden, wenn keine passable Verbindung zwischen Wohn- und Arbeitsort mit öffentlichen Verkehrsmitteln besteht. Doch in der Praxis wird der Abzug gefahrener Kilometer nach wie vor rege gewährt. Damit subventionieren Bund und Kanton die Zersiedelung.

Würde der Pendlerabzug vollständig gestrichen, ergäben sich für die Kantone geschätzte Mehreinnahmen von 415 Millionen Franken und zusätzlich 257 Millionen für die Gemeinden. Zum Vergleich: Pendlerinnen mit einer positiven Umweltbilanz können kaum Abzüge tätigen: Fussgängerinnen keine, Velofahrer 700 Franken pro Jahr. raw



zur sache

Die Natur, die grosse Verliererin unserer Subventionspolitik

Es ist eine bittere Erkenntnis: Die Schweiz fördert mit ihrer Subventionspolitik den Rückgang der Biodiversität. Die Massnahmen, die wir für die Natur ergreifen, und die finanziellen Mittel, die wir dafür aufwenden, muten angesichts der Subventionswalze des Bundes geradezu lächerlich an. Als Naturfreundin oder -freund sollte man sich davon aber nicht entmutigen lassen. Im Gegenteil: Jetzt ist der Zeitpunkt, zu handeln.

Die WSL-Studie muss auf nationaler Ebene als Mahnung verstanden werden, in der Landwirtschaftspolitik endlich voranzukommen, zumal gerade dieser Bereich für einen grossen Teil der biodiversitätsschädigenden Subventionen verantwortlich ist. Die Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP22+) wird zurzeit im Parlament beraten. Es gibt viele Möglichkeiten, das heutige Subventionssystem zu reformieren, etwa indem man die Stützung des Milchmarkts aufgibt oder die Strukturverbesserungsprojekte stärker an Biodiversitätskriterien ausrichtet. Und trotzdem setzen die Agrarlobby und einige Volksvertreter alles daran, diese Diskussion auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

Hinzu kommt, dass man noch immer nicht weiss, welchen Einfluss die kommunalen und kantonalen Subventionen auf die Natur haben. Wir müssen Druck auf unsere Politikerinnen und Politiker in den Gemeinden und Kantonen ausüben, damit sie das bestehende Subventionssystem durchleuchten und analysieren, wie es sich auf die Biodiversität auswirkt. Dieser erste Schritt ist aufwendig, aber unerlässlich, um die Nebenwirkungen der heutigen Politik im Bereich der direkten und indirekten Wirtschaftsförderung sichtbar zu machen. Da starke ökonomische und politische Interessen auf dem Spiel stehen, wird der ökologische Umbau des Subventionssystems nicht von heute auf morgen erfolgen.

Auch wir als Verbraucherinnen und Verbraucher sollten versuchen, uns bei den Kaufentscheidungen nicht beeinflussen zu lassen. Der Absatz von Fleisch- und Milchprodukten wird durch Werbekampagnen gefördert, die der Bund mit Subventionen und Steuergeldern unterstützt. Reduzieren wir den übertriebenen Konsum, indem wir einfach weniger kaufen! Das wird der Umwelt und uns selbst guttun.

SARAH PEARSON PERRET leitet bei Pro Natura das Secrétariat romand.